

**Erstausgabe**  
 unentgeltlich mit Beilage  
 der Sonn- und Feiertage.

**Bezugspreis**  
 monatlich 60 Pf. frei ins Haus,  
 auch bis auf Wunsch 1,00 Mark  
 auswärts.

**„Die Neue Welt“**  
 (Arbeitslosenversicherung),  
 monatlich 70 Pf.

**Schriftleitung:**  
 Herr 44/44, Fernsprecher 288  
 Spandauerstr. 107  
 11-1 Uhr mittags.

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

**Anzeigengebühr**  
 10 Pf. für die erste Zeile  
 5 Pf. für die zweite Zeile  
 3 Pf. für die dritte Zeile  
 2 Pf. für die vierte Zeile  
 1 Pf. für die fünfte Zeile  
 1 Pf. für die sechste Zeile  
 1 Pf. für die siebte Zeile  
 1 Pf. für die achte Zeile  
 1 Pf. für die neunte Zeile  
 1 Pf. für die zehnte Zeile

**Anzeigen**  
 für die fünfte Nummer  
 müssen spätestens bis  
 zum 1. August in der  
 Schriftleitung eingegangen sein.

**Hauptgeschäftsstelle:**  
 Herr 44/44, Fernsprecher 288  
 Spandauerstr. 107  
 11-1 Uhr mittags  
 7 Uhr abends.

## Arbeitslosenversicherung und die Sozialdemokratie.

Die Frage einer Reichsarbeitslosenversicherung haben wir in den letzten Wochen mehrfach besprochen, und auch der kommende Parteitag wird über einen Antrag, der die Durchführung dieser Versicherung mit allem Nachdruck verlangen zu entscheiden haben. Da ist es angebracht, jetzt schon darauf hinzuweisen, daß die bedeutsame Angelegenheit schon früher die Arbeitspartei beschäftigt hat, allerdings ohne daß eine Klärung über die auszufällenden Forderungen erfolgt wäre. Am 20. Juni 1902 verhandelte der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands über die Frage der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung. Der damalige Reichstagsabgeordnete v. Elm referierte über den Gegenstand, und nach längerer Erörterung nahm der Kongress eine vom Referenten gestellte Resolution an, die jedes System einer Arbeitslosenversicherung auf anderer Grundlage als der Selbstverwaltung der Arbeiter verworfen. Es wurde die Gewährung eines Reichszuschusses an Arbeitslosenversicherung für zentrale oder lokale Verbände gefordert, die den Arbeitslosen am Orte oder auf der Reise die Unterstützung auszusprechen hätten. Die Kosten sollten zur Hälfte aus Reichsmitteln, zur Hälfte durch die Berufsgenossenschaften gedeckt werden. Je nach den Anforderungen für die einzelnen Berufe habe das Reichsversicherungsamt die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festzusetzen, die von denselben auf dem Wege des Umlageverfahrens von den Arbeitgebern zu erheben wären.

Der im September desselben Jahres zu München abgehaltene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hatte die Frage der Arbeitslosenversicherung im Allgemeinen auf die Tagesordnung gesetzt; eine zu dieser Angelegenheit von Mollenhuth gestellte Resolution forderte u. a. die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Gegen diese Forderung erhob aber auch hier anwesende Referent des Gewerkschaftskongresses, v. Elm, den Einwand, daß ihre Annahme den Parteitag aus dem Bereiche des Stuttgarter Kongresses in den Bereich der Arbeiter bringe. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, so führte v. Elm aus, legen ganz besonders Wert darauf, daß ihnen bei der Arbeitslosenversicherung die volle Selbstverwaltung eingeräumt werde. Bei einer Reichsarbeitslosenversicherung würde diese Selbstverwaltung aber unter keinen Umständen gewährt werden. Schon aus diesem Grunde wären die Gewerkschaften Gegner einer Reichsarbeitslosenversicherung. Mollenhuth wollte ein Drittel der Beiträge vom Reich, ein Drittel von den Arbeitgebern und ein Drittel von den Arbeitern bezahlt wissen. Nach dem in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Grundsatz, entsprechend dem Maß der Beiträge auch das Maß der Selbstverwaltung zu bestimmen, würde zweifellos die Regierung sich auf den Standpunkt stellen, daß, wenn Reich und Arbeitgeber zusammen zwei Drittel der Beiträge zahlen, sie auch zwei Drittel der Verwaltung ausüben hätten, während den Arbeitern nur ein Drittel zükäme. Demgegenüber sollte der Parteitag den Grundsatzen zustimmen, die die Vertreter der Arbeiter selbst aufgestellt hätten. Wenn der Parteitag sich im Gegensatz zu den Stuttgarter Beschlüssen stellte, so würde das von den Arbeitern einfach nicht verstanden werden. Es sei überdies von einer Reichsarbeitslosenversicherung zu befürchten, daß sie für den Fall von Streiks und Auspöhrungen, sowie hinsichtlich des Arbeitsnachweises Bedingungen enthalten werde, die die Arbeiter unter keinen Umständen annehmen könnten. Weil die Gewerkschaftler darin eine Gefahr für ihre Organisationen sähen, gingen es nicht anders als daß auch die Gewerkschaften die Träger der Arbeitslosenversicherung würden. Wenn nun auch die Gewerkschaftler genau wie Mollenhuth die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter wollten, so wollten sie die Versicherung doch nicht plötzlich einführen; vielmehr wollten sie es sich rühtig, daß das Reich sich an die Versicherung der Gewerkschaften anschließe und ihnen zunächst einmal Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung zähle. Die Erziehung der Arbeiter zu selbstbewußt handelnden Menschen müßte die Hauptaufgabe sein, nicht eine Versicherungsart, bei der die Arbeiter doch das fünfte Rad am Wagen wären.

Mollenhuth entgegnete auf diese Einwendungen nur, daß seine Resolution die Einführung der Arbeitslosenversicherung verlange, aber die Frage über die Form offen lasse. Daraufhin zog v. Elm den Antrag, daß der Parteitag sich in bezug auf die Arbeitslosenversicherung den vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress angenommenen Grundsatzen anschließen habe, zurück und die Resolution Mollenhuths fand Annahme.

Wenn nun auch nach diesem Verlaufe der Angelegenheit über die Ansichten des genannten Parteitages in der hier berührten Streitfrage nichts Bestimmtes festzustellen ist, so verdienen doch die Äußerungen einiger bekannter Parteigenossen Beachtung zu werden. Zuhilfenahme nicht, daß die Überwindung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich den Gewerkschaften ein großes Hindernis darstellen würde; sie würden trotzdem noch genug zu tun haben. Auch v. Elm wird demnach befürchten, daß dieser Parteitag keine Klärung für die Gewerkschaften, und Eward v. Elm in erklärt, daß er sich einerseits keine Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften, andererseits aber auch keine ausreichende Arbeitslosenversicherung ohne das Eingreifen von Staat und Gemeinde denken

könne. Dr. Krons-Verlin betonte, es sei der Vorzug der Resolution Mollenhuths, daß sie nur den Zeitpunkt, die Arbeitslosenversicherung nicht aber den Weg bause und Dr. Worchard-Charlottenburg hielt eine Arbeitslosenversicherung unter Umgehung der Gewerkschaften für ganz unmöglich. In den elf Jahren, die seit dem Münchner Parteitag verstrichen sind, hat sich die Arbeitslosenunterstützung bei den deutschen Gewerkschaften ganz beträchtlich erweitert. Gibt es doch heute überhaupt kaum noch eine nennenswerte Organisation, die ihre Mitglieder nicht gerade durch die Unterstützungsforn dauernd an sich fesselt. Auch ist, wenn auch nicht von Staat oder Reich, so doch von den Gemeinden die Bedeutung der Gewerkschaften für diesen Zweck des Unterstützungswesens dadurch anerkannt worden, daß ihnen zunächst nach dem Genter System Zuschüsse bewilligt wurden.

Nach dieser Entwidlungslage bleibt aber unübersehbar, daß die Arbeitslosenunterstützung Standrecht bleiben wird, solange nicht wie bei der Krantens. Unfall- und Altersversicherung ein behördlicher Zwang Platz greift. In den Gemeinden der weniger deutschen Städtegemeinden, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, wird unauferleglich betont, daß die organisierten Arbeiter, die sich durch ihre Gewerkschaft schon vor der äußersten Not zu schützen wüßten, den Hauptanteil der städtischen Unterstützung davonziehen, während andererseits die Nichtorganisierten aus Unwissenheit oder mangelndem Pflichtgefühl sozulange gar nicht von der kommunalen Hilfe profitieren. Mit demgegenüber auch der Bemerkung, daß die Nichtorganisierten ja nur ihrer Organisationspflicht nachzukommen brauchen, und der Vorteile der Arbeitslosenunterstützung teilhaftig zu werden, so lehrt doch gerade ein Blick auf die Länder vom Reich eingeführten Versicherungskarten, daß das Obligatorium eine Notwendigkeit ist. In diesen Zweifelsfragen scheinen die in England gemachten Erfahrungen von Deutschen manden Fingerzeig zu geben. Im Jahresbericht ist seit Jahresfrist die Arbeitslosenunterstützung für 2½ Millionen Arbeiter obligatorisch eingeführt; von diesen aber nicht viel mehr als der fünfte Teil gewerkschaftlich organisiert. Dennoch heißt es im ersten Jahresbericht des englischen Handelsamts, daß die Arbeitslosenunterstützung eher zur Ermutigung als zur Entmutigung der freiwilligen, gewerkschaftlichen Arbeiterfürsorge geführt habe. Freilich scheut sich die englische Regierung nicht, gerade in diesem Versicherungszweige Hand in Hand mit den Gewerkschaften zu arbeiten.

Soll in Deutschland die Arbeitslosenversicherung der gesamten Arbeiterschaft Nutzen bringen, so müssen gleichfalls hier die Organisationen die bisherige Arbeiterschaft gegen die Arbeiterorganisationen aufgeben und sie als Versicherungsträger anerkennen.

## Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 26. August 1913.

### Kartell der Zünftler und Reaktionen.

Vor einigen Jahren wurde der sogenannte Reichsdeutsches Mittelhandwerksverband in Dresden unter großem Konterbattis-gouvernementalen Freubegünstigt gegründet. Sonntag hat er in Leipzig den sogenannten Reichsdeutsches Mittelhandwerksverband abgehalten. Der Bericht war viel schöner als 1911 und 1912. Diesmal aber hatte man außer den altgewohnten Referenten über den angemessenen Preis, über den heimlichen Warenhandel der Beamten, über Streikbrecherdreh über den Tabaktrug usw. — das gemeinsame Zusammenwirken von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft auf die Tagesordnung gestellt. Aus den Reden der Herren Mittelhand (Handwerker), Schweighofer (vom Zentralverband deutscher Industrieller), Aus dem Winkel (Vund der Landwirte) und Dr. Kellermann (christliche Bauernvereine) ging reiflos hervor, daß diese Gemeinamkeit sich erstreckt auf den gemeinsamen Schreiner Anbebelung der Arbeiterbewegung. Einstellung aller weiteren Sozialpolitik und Arbeiterversicherung und Aufrechterhaltung der Volkswirtschaftspolitik. Dieses gemeinsame Vorgehen gegen das Reich und die Sozialdemokratie hat den Anspruch gekörnt, daß dieser Mittelhand das deutsche Volk sei und daß alle nationale Kultur in den verarmtenen Zünftlern ruhe. „Parteilosigkeit“ das Zusammenwirken beider nicht sein — ist ja auch nicht nötig, da ja der ganze Reichsdeutsche Mittelhandverband samt dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem V. d. L. wachstümlich konterbattiv ist. So war es seiner würdig, daß der Reichstag in Leipzig durch — Herrn Lieber in glänzender Einsamkeit vertreten war.

Die Deutsche Tageszeitung ist enttäuscht von der Arbeit, die in Leipzig geleistet wurde, erwidert sie doch darin die Grundlegung zu einem Kartell deutscher, schaffender Arbeit. Sie sagt: So hat man sich denn auf diesen Vordien zusammengefunten, die harmlosesten Grundstun und Entlang aller Stimmen, die gefordert hatten, verüßigt hat, das geplante Werk von Kraft und Dauer sein werde. Es war klar und zweifellos, daß man auf eine Verwirklichung der Verfassungen verzichtet hat. Jeder Versuchung soll vielmehr nach wie vor für sich arbeiten; nur solche wirtschaftliche Fragen, die allen Ständen gemeinsam sind sollen gemeinsam behandelt werden. Deshalb wird keine einheitliche Organisation geschaffen, sondern Kartelle, und zwar Kartelle nicht

nur für das ganze Reich, nicht nur für die einzelnen Provinzen und Länder, sondern auch für die einzelnen Orte.

Herr Cretzel, der selbst der Verfasser dieses Artikels ist, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der 27. August des Jubiläumsjahres ein goldenes Tag der deutschen Gewerkschaften werde und wird dann noch die Frage auf, wie sich wohl der Bund der Industriellen und der Bauhandwerker zum neuen „Kartell der Arbeit“ stellen werden. Dieses Kartell der Arbeit ist agrarische Sache und hat den Zweck, die Interessen der Arbeitergewerkschaften agitatortisch zu vertreten. Wenn die Deutsche Tageszeitung besonders die Erklärungen hervorhebt, die ein gewisser Mittelhand im Namen des Handwerks abgegeben hat, so darf wohl ganz beiseite gestagt werden, wenn denn diesen Herrn zur Abgabe solcher Erklärungen eigentlich beauftragt hat. Das Kartell ist befallsamtlich auf eine ganze Reihe von Organisationen verteilt, abgesehen von der überaus großen Anzahl Handwerker, die überhaupt keiner Organisation angehören. Die Reichsdeutsche Mittelhandvereinigung ist aber so ziemlich die schwächste aller Handwerkerorganisationen, so daß ihr Vertreter gar kein Recht hätte, im Namen des deutschen Handwerks zu sprechen. Die Interessen der deutschen Handwerker liegen nicht in der Linie der Befreiungen der Arbeitergewerkschaften, die ihnen das notwendige Arbeitsmaterial künstlich durch Gölle verteuern. Dieser ganze Mittelhandtag war agrarische Sache, eine Zirkus-Bühnen-Verarmung im Weltentfandemoral, aber nicht etwa eine Vertretung des deutschen Handwerks.

### Ragnit-Pillfallen.

Zur Radwahl in Ragnit-Pillfallen, über die wir berichtet haben, wird uns aus Ostpreußen noch geschrieben: Die einzige Partei, die Stimmengewinn bei der am Sonntag erfolgten Reichstagswahl zu verzeichnen hat, ist die — Sozialdemokratie. Sowohl die Konserverativen wie auch die Nationalliberalen haben Stimmen verloren. Die Nationalliberalen hoffen mit aller Bestimmtheit, in die Stichwahl zu kommen. Sie haben eine erhebliche Schlappe erlitten. Meistige Selbstmittel haben sie in den Wahlkreis gewonnen. Ihr Kandidat, Konserverativier Bengt-Strandens, wird durchaus parlamentarisch merkwürdig, hat eine persönliche recht große Stimmen zum Wahlsieg beigetragen. Zahlreiche nationalliberale und fortschrittliche Parteiführer sind nochmal in Wahlkreise tätig gewesen. Am Wahltag selbst eilten den Nationalliberalen Königshofer Studenten und viele unbezahlte Helfer zur Hilfe. Dazu hatten sie noch ein Heer bezahlter Kräfte angestellt. Zahlreiche Autos, die den Nationalliberalen zur Verfügung standen, haben den Wahlkreis durchquert; am letzten Tage vor der Wahl hatte der nationalliberale Kandidat noch in neun Verammlungen gesprochen. Überall hatten ihn, nach den Berichten der liberalen Wähler, die Wähler jubelnd empfangen und gar nicht loslassen wollen! Dabei treten die Nationalliberalen fast noch konserverativ auf als die Konserverativen selbst. Herr Bengt-Strandens hat sich als framerer Schwächling; er schmeichelt, daß er den Wählern durch die Hilfe in den nationalliberalen Fraktion mit aller Engherzigkeit entgegenzutreten wolle. Die Nationalliberalen bezeichnen sich als die „wahnsinnigen konserverativen Elemente“. Patriotismus und Chauvinismus wurden in den Diensten der nationalliberalen Sache gestellt. Alles vergebens! Die vielen Tausendmarktscheine sind verpulvert worden. Mit Stimmengewinn gehen die Nationalliberalen aus dem Wahlkampf.

Die Konserverativen hatten Schlimmeres befürchtet. Es wurde deshalb, um das Wort zu retten, ein unerhörter Druck auf die Wähler ausgeübt. Gegen einzelne Nationalliberale sind sie sogar handgreiflich geworden. Dazu kam noch der amtliche Apparat im Dienste der Konserverativen hand und dafür sorgte, daß diese Leute vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses die meisten Lokale im Wahlkreise für den Vorabend der Wahl belegen konnten.

Angesichts all dieser Umstände ist das Annahmen der sozialdemokratischen Stimmen doppelt doch anzuschlagen. Man muß bedenken, daß es sich um einen Wahlkreis handelt, der fast rein agrarisch ist. Nur zwei kleine Städte gehören zum Wahlkreise. Und unsere Stimmen sind gewonnen worden, obwohl wir auch nicht entfernt mit den Mitteln arbeiten konnten, die unseren Gegnern zur Verfügung standen.

### Zusammengesaltete Fahnen.

Als der Friede auf dem Balkan geschlossen war, richtete der König von Bulgarien die Armee einem Tagesbefehl, in dem auch der Satz vorlief: „Erschöpf und ermüdet, aber nicht besiegt, müßten wir unsere glorreichen Fahnen für bessere Tage zusammenfalten.“ Das heißt ins Bildliche überfetzt: „Sobald Bulgarien sich stark genug fühlt und die Gelegenheit günstig ist, wird es wieder losziehen.“ Man hat also einen der vielen Fälle vor sich, in denen auch ein Krieg keine Ruhe bringt, sondern der Vater eines neuen Krieges war oder zum mindesten eine Zwischenzeit währende Kriegsgefahr heraufbeschwört. Was dies bedeuten will, können die Deutschen sich ungefähr vorstellen, denn sie leiden ja auch unter einem Kriege, der keinen wirklichen Frieden brachte, vielmehr einen neuen deutsch-französischen Krieg seit 40 Jahren ab und zu immer wieder drohend am Horizont erscheinen läßt und zwischen den ersten zwei Kulturnationen des europäischen Kontinentes eine nur schwer überbrückbare Kluft geschaffen hat.

Die bis auf bessere Tage zusammengefallenen bulgarischen ...

Der bewaffnete Friede bringt den Balkanvölkern auch den ...

Man muß hier auch an die moralischen Folgen des Krieges ...

So wird also der Segen ausreichen, den der mit einem ...

In all dieser Birnis von menschlicher Arbeit und Bestialität ...

**Begnabigung als Maskierung eines Justizmordes.**

Dieser Tage - so wird uns aus Bukhland geschrieben - ...

statt und endete mit der Verurteilung von 47 Matrosen zu ...

**Deutsches Reich.**

— **Reichlicher Fürtentag.** In Kehlheim in Bayern ...

— **Die nationalökonomische Bewegung feiert weiter Orgien.** ...

— **Die Wählerkreisläufer an der Arbeit.** In Aftoma ist ...

— **Jungeliensteuer.** Die Kommission für die Vorbereitung ...

— **Sozialpolitischen Abteilungen im Kriegsministerium.** ...

— **Keine Notizen.** Als Kandidaten für die Reichstagswahlen ...

hat eine Zentrumsversammlung den Landtagsabgeordneten ...

**Zur Erledigung der Balkanfrage.**

Die direkte Verhandlung zwischen Bulgarien und der ...

**Holland.**

Ein neues liberales Ministerium ist endlich zustande ...

**England.**

Arbeitskämpfe. Aus London wird gemeldet: Ein erster ...

Weiter wird berichtet: Wegen der Beschäftigung von ...

**Rußland.**

Vom Schlichtende der Industrie. Als das Ministerium ...

**Gebärstreif?**

Eine Rede Clara Zetkins.

C. B. Berlin, 22. August 1918.

In zahlreichen Vork- und Parteiverfammlungen Groß- ...

mindestens. Seit dem Wucherarrest von 1906 ist die Zahl ...

Sie sagt man, daß die Elternliste veraltet werde, wenn ...

Arbeiterlebens in England, ist auf nichts anderes zurückzu- ...

Diejenigen, die den Gebärstreif nicht als eine rein revolutionäre ...





## Sozialdemokratischer Verein Halle (Saale).

Donnerstag den 28. August abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des Volksparks, Burgstraße 27:

# Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

## Der Massenstreik.

Referent: Dr. Dunker, Steglitz-Berlin.

2996

Bei der Bedeutung, mit welcher diese Frage in der Presse wie in den Parteiversammlungen debattiert wird, ist es Pflicht der Parteigenossen, insbesondere sämtlicher für die Bewegung tätigen Genossen, in der Versammlung zu erscheinen, um ihrer Meinung Ausdruck zu geben.

## Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

### Anträge an den Parteitag.

#### Tagesordnung des Parteitages.

13., 16. Sächf. Wahlkreis, München I und II, Osnabrück II, Weimar, Breslau, Pforzheim: „Der Parteitag möge beschließen, die inhaltliche Arbeitslosterfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu legen.“

**Saale (Saale), Bohum, Arelid:** „Der Parteitag möge die Massenstreikfrage behandeln.“  
**Senep - Weisfeld - Wetmann:** „Auf die Tagesordnung des deutschen Parteitages ist zu legen: Der Landtagswahlkampf in Preußen, und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erlangen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundgesetzen entspricht?“  
**Wien a. N.:** „Auf die Tagesordnung zu legen: Die preussische Wahlrechtsfrage und der politische Massenstreik.“

#### Agitation.

**Magdeburg:** „Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und infolgedessen unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Bohlpolitik geschuldete allgemeine Teuerung noch verschlimmert wird; angesichts ferner der empfindlichen Unfähigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen die Arbeiterklasse drohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten.“

**Wittenberg-Sprengberg:** „Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperlichkeiten allein nicht den gewünschten Erfolg gezeigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten.“

**Königsberg I. W.:** „Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einziehen und sie ermächtigen, auch bezahlte Mitarbeiter zur Erzielung ihrer Aufgaben heranzuziehen.“

**20. Sächsischer Wahlkreis:** „Der Parteitag möge beschließen, mehr Handarbeiter in der Partei für Bildungs- und Unterrichtsarbeit einzustellen.“  
**Spanau:** „In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Jubelstürmen aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weislichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weislichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erziehenden ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten.“

**Saale (Saale):** „Der Jenaer Parteitag von 1913 bestätigte die Parteitagsbeschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Parteien, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.“

Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Zellen und Anlagen — in Halle des Größtes und der zwingender Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Genossenschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalaktion zielicher und erfolgreicher zur Förderung höherer Interessen des Proletariats durchzuführen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter feinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.“

**Halle-Melungen:** „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Halle-Melungen ist Angehörigen des völlig unbefriedigenden Ausbaus der letzten Wochen zum preussischen Abgeordnetenhaus mehr denn je der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erreicht werden muß.“

Als solche Mittel sind anzusehen: Stärkung unserer Organisationen durch Ausbau, sowie Bildung unserer Mitglieder, Unterstützung der Massen durch Bekämpfung von Flugblättern, besonders wichtigen preussischen Anlässen, Veranstaltung von Demon-

strationen, StraßenDemonstrationen, parlamentarischen Aktionen unserer Reichs- und Landtagsfraktionen, selbständig und in Verbindung mit den linkslebenden Parteien, härtere Beteiligung an den zukünftigen Landtagswahlen, gleichviel, unter welchen Bedingungen diese stattfinden, Bildung eines besonderen preussischen Wahlrechtsausschusses.

Die Generalversammlung ist der Meinung, daß alle diese Mittel erneut und viel systematischer als bisher zur Anwendung gebracht werden müssen. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß selbst die volle Erhöhung aller dieser Mittel nicht zur Erringung des gleichen Freiwahlrechts führt, erachtet es der Generalversammlung, über die Anwendung schärferer Kampfmittel zu beraten.

Die Generalversammlung erwartet daher vom Parteitag, daß er beschließt: Der Parteivorstand und die preussische Landeskommission haben gemeinsam mit der Generalkommission der Genossenschaften zu erwägen, ob der von den Parteitagen Jena 1905, Mannheim 1906 in die proletarischen Kampfmittel aufzunehmende politische Massenstreik bei der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden kann.

Inzwischen ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossen, mit verdoppelter Energie für den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Organisationen tätig zu sein, da die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks die bester beste politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats zur Voraussetzung hat.“

**Hannau:** „Die Kreis-Generalversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen.“

Die Versammlung hält eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den deutschen Parteitag wie die Organisationen für dringend geboten.“

**Hannover:** „Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligen Schluß einer Reichstags-Session die in dieser vorgenommene gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leicht verständlicher Agitationsbrochüren herauszugeben und Veranschaulichung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Brochüre wird den Wahlkreis-Organisationen zum Zweck der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.“

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Verwirklichung und die Deckungsfragen behandelt.“

**Frankfurt a. M. Birge:** „Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. bezw. die Kreis-Generalversammlung zu Birge begrüßt die Entschlüsse der Generalversammlung der Fraktion der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten.“

#### Parlamentarisches.

**Magdeburg, Breslau:** Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg-Breslau erkennt an, daß die Zustimmung der Reichstags-Fraktion zu den Reichsteuern nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm steht, sondern den Beschlüssen der internationalen Kongresse und den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht.“

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Halle-Melungen erklärt: „Der Kampf gegen den futuristischen Militarismus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Beratung der unerhörten Militärschlüsse in der härtesten Weise geführt hat, darf nicht ruhen, sondern muß von allen Parteigenossen härter denn je geführt werden, denn die momentanen militärischen Mitteln sind, die bisher immer mehr den Frieden der Welt, und der Militarismus enthält sich mehr denn je als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft zur Wahrung der nach Freiheit und Kultur strebenden Arbeiterklasse.“

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, immer weitere Schichten der Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es allein dem riesigen Wachstum der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn die enormen Kosten der neuen Militärschlüsse nicht wieder durch Steuern auf den Konsum der Massen gedeckt werden, sondern durch direkte Steuern, die im wesentlichen die Wohlhabenden und Reichen treffen.

Durch erhöhte Werbestärke müssen alle Parteigenossen dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den nächsten Wahlen noch viel stärker in den Reichstag wiederkommt.“

Nur dann ist damit zu rechnen, daß der Ausbau der unter Mitarbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geschaffenen Reichsteuern zu dauernd durchgeführten Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuern erfolgt, die soviel als möglich an Stelle der ärmeren Volksschichten in der sozialdemokratischen Weise beizubehalten indirekten Steuern treten müssen.

Die Generalversammlung erkennt an, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zum Reichsteuern- und zur Reichsvermögenssteuer, die die Streitenden belasten, im Interesse des arbeitenden Volkes gehandelt und zur Stärkung des Vertrauens der Massen zur sozialdemokratischen Partei mit Erfolg beigetragen hat.“

**Geistliche Landeskonferenz und 13. Sächsischer Wahlkreis:** „Der Parteitag stellt sich auf dem Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Bedarfsverordnungen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Reichsteuerngeboten.“

**Breslau:** „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unverzüglich die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen gegen die kapitalistischen Manipulationen zu ergreifen, die Hilfsmittel wie neuerdings Wahlzettel für Reichstagswahlen erschaffen.“

**Breslau:** „Die preussische Landtagsfraktion möge darauf hinwirken, daß die Anträge aus der Landesfraktion sofortiger sind.“

**Saale (Saale):** „Der Parteitag zu Jena beauftragt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem einmaligen Verbrauchsbeitrag, sowie zu dem Vermögenszuwachs-Steuergebot als einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundgedanken, als einen schweren politischen Mißgriff. Er erwartet unbedingt, daß die Anwendung einer besseren Taktik in Zukunft die Fraktion vor ähnlichen Entgleisungen bewahren wird.“

**Hamburg I:** „Die Parteigenossen des ersten Hamburger Wahlkreises sehen in dem Fehlen unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstags-Verhältnis für Reichstagswahlen erschaffen.“

Es bleibt den Parteigenossen unverständlich, daß auch bei der notwendig gewordenen zweiten Abstimmung die Genossen in der Fraktion abermals ihre Pflicht nicht erfüllen. Die Parteigenossen des ersten Hamburger Wahlkreises verlangen vom Parteitag, daß derselbe die fehlenden Abgeordneten zur Rechenschaft zieht.“

**Hamburg II:** „In Anbetracht der Beschlußunfähigkeit des Reichstages und der darauf erfolgten Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstags verurteilt der Parteitag auf das entschiedenste die Rücksichtlosigkeit derjenigen Abgeordneten, die aus nicht erklärlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind.“

Gleichzeitig spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß in Zukunft bei allen prinzipiellen Abstimmungen im Reichstags die Fraktion möglichst in ihrer vollen Stärke vertreten sein muß, um dadurch den Interessen ihrer Mandatgeber mehr Rechnung zu tragen.“

**Schwarzburg-Sondershausen:** „Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag und bei Beratung im Landtag, die von unserer Fraktion gestellt sind, möglichst vollständig anwesend zu sein.“

**Schwarzburg-Rudolstadt:** „Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Schwarzburg-Rudolstadt: Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstages, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollständig an den Abstimmungen teilgenommen. Gleichzeitig ist im ganzen Reich eine lebhaft und intensive Propaganda für diese Programmforderung eingeleitet.“

**Hannover III:** „Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion auszuwählen, im Reichstag einen Antrag auf Einführung der direkten Besteuerung durch das Volk vorzuschlagen, die Vorklärung der Reichstagsabgeordneten durch das Volk vorzuschlagen, die Vorklärung der Reichstagsabgeordneten durch das Volk vorzuschlagen, die Vorklärung der Reichstagsabgeordneten durch das Volk vorzuschlagen.“

**Hannover-Wildorf:** „Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird ermahnt, bei Beginn der nächsten Session erneut den Antrag auf Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung zu stellen und mit allem Nachdruck für die Durchführung derselben einzutreten.“

**Halle:** „Der deutsche Parteitag möge beschließen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragt wird, einen Antrag auf Aufhebung der Zwangsimmunität im Reichstags einzubringen.“

**Wänden I und II.** Der Vortag m... beauftragt, im Laufe der nächsten Reichstagsession einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Ständergesetzgebung einzubringen.

Es sollte beantragt werden, daß jede Ernennungsbefugnis der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob diese eigene oder fremde Kinder sind, verfallen ist. Es soll unverzüglich bleiben, ob die Beschäftigung der Kinder im Gewerbe, in der Heimindustrie oder im Weinhandel erfolgt.

Das verheißene, eventuell das beabsichtigte Gesetz wird auf die in der Kammer und dem Reichstag, sowie in den Boten- und Gesundheitsbehörden beschleunigt durchgeführt.

**Konferenz i. d. C. II.** Der Vortag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berliner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der der erste Schritt zu einer systematischen und direkten Verhandlungssaktion der europäischen Parlamente erfolgt.

Der Vortag erwartet, daß die äußerst schreibende Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berliner Konferenz von dem deutschen Volke, über die Bedeutung einsehend, als Beweis für die Friedensliebe und den Willen zur Verständigung des französischen Volkes angesehen wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Volks-Gesetzgebungen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.

### Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 26. August 1912.

**Der politische Massenstreik.**  
Dieses aktuelle Thema wird in der am kommenden Donnerstag stattfindenden Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in ausführlicher Weise behandelt werden. Als Referent ist der vom Zentral-Vereinsausschuss angestellte Wanderlehrer Genosse Dr. Dunkel aus Berlin gewonnen worden. Mit der Frage des Massenstreiks haben sich die Parteigenossen in der Presse und in zahlreichen Versammlungen allerorts beschäftigt. Auch der Jener Partei wird Stellung zu dieser Frage nehmen müssen. Wie Parteigenossen und Genossinnen müssen es deshalb für ihre Pflicht erachten, vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen, um sich Klarheit über die Bedeutung des Massenstreiks als Kampfmittel zu verschaffen. Versäume also niemand die wichtige Versammlung!

### Das Ergebnis der Krankenfassenvertreterwahlen.

Nunmehr ist vom Versicherungsamt auch das Ergebnis der Krankenfassenvertreterwahl hinsichtlich der Verteilung der Sitze festgestellt worden. Es erhalten danach bei der Gruppe der Arbeiter: 6 bei der Gewerkschaftsgruppe 2 Sitze, die vereinigen bürgerlichen Gruppen 2 Sitze. Bei der Gruppe der Beruflichen erhalten das Gewerkschaftsgruppe 46 Vertreter und die verbundenen bürgerlichen Gruppen zusammen 14 Sitze, und zwar die Sozialistische Gruppe 4, die angehörigen bürgerlichen Gruppen 4 und die bürgerlichen Gewerkschaften 2 Sitze. Demnach beträgt das Gewerkschaftsanteil über insgesamt 48 Sitze. Das der gewählte Ausschuss 90 Vertreter zählt (80 Arbeiter und 10 Berufliche), hat damit das Gewerkschaftsanteil die absolute Mehrheit.

Jede der aufgeführten Gruppen hat genau doppelt so viel Erststimmen wie die Vertreter erhalten. Scheidet ein Vertreter aus so wird ein Ersatzmann in der Reihenfolge auf der Liste einbezogen. Wenn zum Beispiel von den im Augenblick gewählten 46 Gewerkschaftsvertretern des Stimmzettel einer ausgescheidet, so wird die auf der Liste an 47. Stelle stehende Person einbezogen usw.

Die Wahl kann innerhalb einer Woche angefochten werden. Nach Ablauf dieser Zeit wird jeder der Gewählten von seiner Wahl amtlich in Kenntnis gesetzt. Auf jeden Fall hätte das Stimmzettel bei anderer Handhabung und Durchführung der Wahl viel mehr Stimmen und Vertreter

erhalten. Es ist zu erwarten, daß die große Mehrheit an den Wahllokalen, die ununterbrochen und wüste Agitation der Gegner, die ganze Kompetenz des Wahlverfahrens und schließlich andere, das wir schon wiederholt schilderten, erklären das nicht besonders befriedigende Ergebnis.

### Die „Schulstadt“ Halle.

Der deutsche Arbeiter, der bei dem erbärmlichen Stande des Volksschulwesens in Stadt und Land in seiner Jugend um das Beste betrogen wurde, was ihm die Gesellschaft unter dem Zwange der Schulspflicht mitzugeben verpflichtet ist, weiß die Schulung der geistigen Kräfte für den Daseinskampf ebenso gut zu würdigen, wie der Bourgeois, der die Schulen seiner Kinder, die höheren Anstalten, gar nicht gut genug ausstatten kann. Der Arbeiter fordert darum vor allem, daß das Volksschulwesen der Großstädte, die ja gern als die „Hochburg der Kultur“ gelten wollen, musterhaft eingerichtet seien. Wenn man die gut gebauten modernen Schulkäuser sieht und unsere Schulräte hört, möchte man fast meinen, daß diese Forderung erfüllt sei. Unsere Lehrerschaft ist allerdings anderer Meinung. Man kann es in der pädagogischen Presse jeden Tag lesen wie mancher Lehrer sich über die Volksschule im Vergleich zu den höheren Schulen nach wie vor die Stiefel bindet, die regierenden Klassen sind, und daß selbst dort, wo mehr getan wird als in den verkommenen städtischen Länderdörfern, vieles nur äußerer Schein ist, oft nur geleistet unter dem Zwange der Konkurrenz anderer Städte. Selbst in den modernen Großstädtschulen kommen die Kinder der Volksmasse nicht zu ihrem Recht. Ja wir treffen in den Großstädten auf Unverständlichkeiten, die aller moderner Pädagogik ins Gesicht schlagen und tausende von Kindern zu einer verfrühten Bildung verurteilen. Für das schwere Leben sind sie nicht einmal mit den Hauptelementen, guter Schrift und sicherem Rechnen, hinreichend ausgerüstet.

Vor allem ist es, was selbst die opferwilligste Arbeit der Lehrerschaft von vornherein unfruchtbar machen muß: die große Schülervielfalt in den Klassen, die ungleichmäßig durch den Klassenunterricht, das heißt durch das einseitige Kind heranführt und eine individuelle Behandlung, diese Kernforderung aller Pädagogik, im Keim erstickt wird. Lehrer, Schüler und Elternhaus — unerträgliche Hausaufgaben sind die Folge — leiden in gleicher Weise darunter. Mit Recht stellt die Lehrerschaft als Mindestforderung auf, daß eine Klasse mit nicht mehr als 30 Kindern besetzt sein darf. Sogar mehr Schüler vor einem Lehrer, so muß das Unterrichtsverhältnis herabgesetzt werden, und ein hoher Prozentsatz kommt selbst dabei nicht mit, sondern wird als beherrschender Ballast mitgeschleppt und verfrüht. Wie viele gute, aber vielleicht etwas schwerfällige Anlagen werden auf diese Weise in unseren Kindern erstickt, wieviel Schülern wird die Schule dadurch zur Qual gemacht! „Keine Klassenvermehrung!“ das muß das Lösungswort für Elternschaft und Lehrerschaft sein.

Nun gibt es eine Reihe von Städten, die halbmäßig erteilte Klassenfrequenzen haben. Zu diesen gehören unter anderen die Großstädte im Königreich Sachsen. Überwiegendgemeine ist dort trotzdem die auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl durchschnit nicht höher, besser als in anderen Städten. Das kommt daher, weil die Schüler dort weniger Unterrichtsstunden haben. In Chemnitz und Plauen hat etwa drei Viertel aller Schulkinder während ihrer achtjährigen Schulpflicht über 1800 Schulstunden weniger als in den preussischen Städten. Immerhin erscheint uns dies Mehl doch das kleinere, denn kleine Klassen können unter allen Umständen mehr leisten als überfüllte mit noch so viel Tannern. Um zu einem richtigen Urteil zu kommen, soll man daher neben der Klassenfrequenz auch die durchschnittliche Lehrerbefahrung in Betracht ziehen.

In der folgenden Tabelle wird gezeigt, wie in den sächsischen Großstädten Magdeburg, Halle und Erfurt auf die höheren und für die Volksschulen gelehrt ist. Wir wissen schon im voraus, daß man uns wieder mit dem „Spezialcharakter“ der höheren Oberflasen kommen wird, die einen mehr individuellen Unterricht nicht hätten. Wer aber die Pädagogik eines Volksschule und Dittes begriffen hat, wird das unter seinen Umständen gelten lassen. Es ist eine unsmittige Meinung, daß

man besonders die jüngeren Jahrgänge der Volksschulen recht wohl lehren könne, weil es sich ja dort doch nur um kleinere Kinder handle. Umgekehrt ist es richtig; gerade die kleinsten Kinder verlangen die individuellste Behandlung, wenn es nicht mehr weit wie lange dauern soll, ehe sie lesen und schreiben lernen.

Im Winterhalbjahr 1910/11, auf das wir uns hier immer beziehen, kam in den Großstädten der Provinz Sachsen folgende Schülervielfalt:

	auf einen Lehrer	auf eine Klasse
Halle	23	47
Magdeburg	23	47
Salle	21	43
Erfurt	23	46

Die ungleichverhörtene Unterschiede zwischen höheren und Volksschulen kennzeichnen den wahren Klassencharakter der Gesellschaft. Welche Fürsorge bei den Kindern der Besitzenden, welche Nachsicht bei den Proletariatskindern! Die Volksschüler aufzukunfepfercht wie das liebe Vieh, in unübersehbarer Klassen, die höheren Schüler dagegen in bequemer und gesunder Weiträumigkeit. Da ist auch nicht eine Stadt, die etwas anders voraus hätte. Im Chemnitz für die Volksschulwesen sind alle gleich. Um zu präzisieren ist die Differenz in der „Schulstadt“ Halle.

Die Klassen sind aber nur Durchschnitte. Unterst man die Klassenbelegung im einzelnen, so trifft man auf Zustände, die man in den Mauern unserer Großstädte wirklich nicht erwarten sollte. Die Klassen mit weniger als 40 Kindern, also das, was man Normalklasse nennen könnte, gehören fast in das Gebiet der Sage. Magdeburg hat 81 normale, unter den 400 Klassen fast 1500 normal besetzt sind, finden wir unter den 560 Klassen in Magdeburg nur 81 normale, unter den 400 Klassen in Halle nur 20 normale, unter den 200 in Erfurt 21 normale. Mit wenigen Ausnahmen finden also die Volksschüler unserer Großstädte in überfüllten Klassen, die „Schulstadt“ Halle zettelt insofern zum Teil ihren Auf, als in ihre die Klassen mit mehr als 60 Kindern verpönt (!) sind. Solche Klassenverhältnisse gibt es aber in Erfurt 25, in Magdeburg 19, in Magdeburg waren hier sogar 7 Klassen, die mehr als 70 Schüler zählten. Man sollte das für undenkbar halten, aber es liegt in dem auf amtlichem Material beruhenden statistischen Jahrbuch deutscher Städte. Schulklassen, die man schon auf den städtischen Dörfern verachtet und rüffische nennt, treffen wir also hier an.

Im übrigen gibt in den drei Städten die Klasse mit 50 bis 60 Kindern als die Norm, aber jeder Lehrer weiß, daß in solchen überfüllten Klassen ein ordentlicher Unterricht unmöglich ist, er zerreißt die Lehrkräfte und verdrumt die Kinder, die nicht inlande sind, dem Versium zu folgen. Es ist unverantwortlich von den Stadtverwaltungen, solche Zustände zu dulden. Wir begehren gewiß keine Taktlosigkeit, sondern wiederholen nur ein altes pädagogisches Wort, wenn wir sagen: soch unmenfchlich überfüllte Klassen sind ein Verbrechen an der Wehrloren, unumgängigen Jugend, und das wir das dulden müssen, ist eine Schmach. Mit einem Schläge können diese Zustände beseitigt, wenn die Bürgermeister und Schulräte es gewagt wären ihre eigenen Kinder in solche Schulkäuser — zu schicken. Gann abgesehen von den miserablen Unterrichts-erfolgen würden schon rein gesundheitliche Erwägungen, auf die wir noch zu sprechen kommen, jene Herren zur besseren Einsicht zwingen. Zu der Sünde gegen den Unterrichtsgeist kommt die nicht geringere gegen die Hygiene.

Wenn die Arbeiterschaft sich mit Schulangelegenheiten beschäftigt, weiß sie, daß es hier um die Wurzeln ihrer geistigen Kraft geht. Sie darf darum nicht mißde werden, auf die schlaunige Erlösung von Zuständen zu drängen, die wirklich zum Himmel schreien, damit den Unmündigen das wird, was ihnen gebührt. Das einzige Kapital, das der heutige Arbeiter seinen Kindern auf den Lebensweg mitzugeben vermag, ist eine gute Schulbildung. Darum: die Einheitschule unter Aufhebung aller Vorrechte und Klassenunterschiede, Öffnung der höheren Schulen für alle begabten Kinder, Anzueiligkeit des gesamten Unterrichts und Lebensnahme aller

### Geschichte eines Netzen von 1813.

Von Erdmann-Charrian.

Weiter hinten, zur Linken, brach an der Bewegung der Hande eine feindliche Kolonne hervor und marschierte auf uns zu. Diese Kolonne wollte sich quer zwischen die Linien und das Dorf zwischen und ihnen so den Auszug abschneiden, aber wie wir waren bereits Hunderte von versprengten Soldaten angefangen, und von allen Seiten krönten noch mehr hinzu, eine Kolonne hinter uns, eine Kolonne vor uns, und wir in der Gegend erbeuteten andere. Die verwundet waren, indem sie sich mühsam fortzuschleppen, um nur irgend wohin zu kommen. Sie drangen in die Häuser, und als die Kolonne immerfort näher kam, wurde aus allen Fenstern ein Schandlärm auf sie erhört. Das hielt sie auf, um zu traben, da im letzten Augenblick auf dem Wege zur rechten die Divisionen Preußen und Brandenburg aufzukommern begannen, die der Front von der Westseite aus die Hilfe schickte.

Wir erlitten nachher, daß der Marschall Ney dem Kaiser zwar nach Leipzig zu gefloht war, jetzt aber auf den Annoncerdamm hin zurückkam. Die Preußen machten also an jener Stelle Halt, und das Feuer brach auf beiden Seiten aus. Unsere Artillerie und Soldaten erklimmten den Abhang, der Starkefeld gegenüber lag, und alles im Dorfe befreite sich, die Häuser zu räumen und wieder zu seinem Regiment zu kommen. Das unsere Kar unter sich aber drei andere gemengt, und als die Divisionen vor uns kamen, ließ sich auf beiden Seiten, um zu verhindern, dass die Preußen in die Häuser zu räumen und wieder zu seinem Regiment zu kommen. Das unsere Kar unter sich aber drei andere gemengt, und als die Divisionen vor uns kamen, ließ sich auf beiden Seiten, um zu verhindern, dass die Preußen in die Häuser zu räumen und wieder zu seinem Regiment zu kommen.

Insgeheim wurde jedoch war die Gefährde noch nicht zu Ende, denn die Preußen, die unter Mühsung unterkühlt und übermäßig mürbe, trafen bereits von neuem Anstalten, uns in das Dorf anzugreifen. Eine Masse von Verkündern ließ sich zu ihnen, und ich konnte mich bei diesem Anblick nicht des Gedankens erwehren, daß der Kaiser da eine für einen so großen Defizitär doch recht schlaue Idee gehabt habe, auf Leipzig loszugehen und uns insofern durch eine Armee von mehr als hunderttausend Mann überfallen zu lassen.

Als wir gerade dabei waren, uns hinter der Division Preußen von neuem zu ordnen, stürmten aufschleunigst alle Soldaten der preussischen Garde im Aufschreit die Anhöhe hinauf, wobei sie die Fackeln unserer gefallenen Kameraden als Stützpunkte auf den Weiden trugen. Die Fackeln erstiegen sich der Kampf auf zur Linken, zwischen Kleingörden und Starkefeld. Die Masse russischer Kavallerie, die wir am Morgen hinter der Brunn bemerkt hatten, wollte uns umgeben, aber das letzte Artilleriegeschütz war zu unserer Bedienung herangekommen, und die Marine-Regimenter haben die Mauer. Die ganze Szene war nur eine eingeübte Schau und Rauch-

wolfe, aus der man die Helme, Panzer und Lanzen zu Tausenden aufblitzen sah.

Wir wichen unterdessen immer mehr und mehr zurück, als plötzlich etwas wie Blitz und Donner vor uns vorüberflog: es war Marschall Ney, der geflohen war, und nun wieder im getrockneten Galopp heranzuckte. Ich habe ich ein solches Gesicht gesehen: seine Augen sprühten Feuer, und seine Knieknöchel zitterten vor Zorn. In einer Sekunde hatte er die Linie in ihrer ganzen Tiefe durchgemessen und stand sich vor der Front unserer Kolonnen. Alles folgte ihm, wie von einer unerschütterlichen Gewalt fortgerissen; anhalt zurückgehenden, marschierte man jetzt der Weiden entgegen, und nach zehn Minuten war alles im Feuer. Aber der Feind hielt fest. Er glaubte sich schon Meister und wollte den Sieg nicht lassen. Und wie er immerfort Verärgerung erhielt und war bereits durch einen fünfminütigen Kampf erschöpft waren. Unser Artillerie befand sich in der zweiten Linie, und die Augen aller über uns lag. Ein wie ich bemerkte Gedächtnis aber, das mir die Ketten zerriß, war das Klappern der Kartätschenflinten in den Reihen: das piff wie eine Art fürchterlicher Wut, die weithin vernehmlich war.

Nichtschonewagen begannen wir unter Geschrei, Kommandorufen und Gewehrfeuer über Dauen von Toten wieder abwärts zu marschieren, und unsere ersten Divisionen drangen von neuem in Kleingörden ein. Man kämpfte dort Mann gegen Mann: auf der großen Dorfstraße war nichts zu sehen als geschwungene Flintenlöcher und Generale zu Pferde, die den Degen führten wie gemeine Soldaten.

Das dauerte einige Minuten lang, und wir sagten schon in der ersten Linie, daß wir nicht zurückgehen wollten. „Wir sind bereit!“ Als aber der Feind sich nicht zurückziehen wollte, und diesmal unglücklicherweise so schnell, daß eine große Anzahl bis nach Kleingörden hin. Dies Dorf lag auf dem Hügel rechts und war das letzte diesseits der Dorfstraße nach Kleingörden. Die ersten Divisionen, die durch die Kleingörden, Stille und Bienenstände von einander getrennt wurden. Wenn der Feind uns in Kleingörden war, die Armee in zwei Teile zerfiel.

Während des Laufens erinnerte ich mich jener Worte Herrn Schöndens: „Wenn die Verbündeten uns unglücklicherweise schlagen werden, so ist in unserm Lande für alles das rächen, was wir ihnen seit acht Jahren angetan haben.“ Ich hielt die Schlacht für verloren, denn selbst Marschall Ney ging inmitten eines Karrees mit den übrigen zurück, und die Soldaten trugen, um aus dem Getümmel zu kommen, verwundete Offiziere auf ihren zu Tragbahnen verdrängten Gewehren fort. Kurzum, die Sache nahm eine furchtbare Wendung. Ich kam auf der rechten Seite des Dorfes nach Kleingörden, indem ich über die Felsen fiel und über die kleinen Stacheln sprang, durch welche die Gärten nebeneinander abgegrenzt sind. Eben wollte ich um eine Scheunende diegen, als ich beim Vorübergehen ungefähr fünfzig Offiziere zu Pferde auf der Spitze eines gegenüber liegenden Hügelns sah: weit hinter ihnen saßen tausend Artilleriemassen in getrocknetem Galopp auf der Leipziger Straße heran. Das bewachte mich, genauer hinzu- schauen, und nun erkannte ich den Kaiser, der ein wenig vor den übrigen lief: er sah auf seinem Schimmel wie in einem Nebel. Ich sah ihn unter dem fahlen Himmel sehr gut: er hatte sich nicht und beobachtete die Schlacht unter dem feinsten Fernglas.

Dieser Anblick erfreute mich so, daß ich aus Leibeskräften: „Es lebe der Kaiser!“ rief. Dann eilte ich durch einen Gang zwischen zwei alten Häusern auf die Hauptstraße von Kleingörden, wo er einer von den ersten und sah noch, wie die Verbündeten in die Häuser, Frauen und Kinder, eilte in ihre Keller flüchten.

Die meisten Personen, denen ich diese Umstände erzählte, haben mir Vorwürfe gemacht, daß ich so schnell gelaufen sei, ich habe ihnen aber erwidert, daß wenn Michel Ney zurückwärt, Joseph Vertha noch ebenfalls zurückweichen konnte.

Kaiser, jedoch, der Sergeant Winto, alle die ich aus der Hauptstraße fern sah, waren noch braunen und ich hatte ein fürchterliches Schamgefühl, daß man ich keine Vorstellung davon machen kann. Rauchmassen wogelten sich über die Dächer, die Fiegel rollen herab und fielen auf die Straße, und die Stiegen brüden die Wände ein oder erschütterten mit fürchterlichem Krachen die Wände.

Gleichzeitig schünten den alten Seiten durch die Gassen, über die Felsen und über die Hügel in den Gärten unsere Soldaten herein, indem sie sich von Zeit zu Zeit umdrehten, um Feuer zu geben. Sie waren aus allen Regimenten durcheinander gewürfelt, ohne Schutzes, zerstreut, blutbespritzt und müde, und jetzt, nach so vielen Jahren denke ich daran: es waren alle Kinder, die unter uns waren, unter fünfzehn oder zwanzig hatte nicht einer einen Schmutz — aber der Mut ist dem Franzosen einmal angeboren!

Und als die Preußen unter der Führung alter Offiziere, die fortwährend: „Vorwärts! Vorwärts!“ schrien, wie eine Herde von Wölfen, die einander auf den Rücken springen, um schneller vorwärts zu kommen, heranzukommen, eröffneten wir, etwa zwanzig oder dreißig Mann hier, von einer Scheunende aus und gegenüber einem Garten, in dem sich ein kleines Bienehaus und große, blühende Kirschbäume befanden, die ich noch jetzt vor mir zu sehen glaube, ein Schmelzfeuer auf diese Soldaten, die eine kleine Mauer weiter unten überlegten und das Dorf nehmen wollten.

Während von ihm, sobald sie auf die Mauer gelangten, wieder in die Masse zurückstürzten, weiß ich nicht, es kamen aber immer wieder an. Die Augen fließten mich zu Hunderten um die Ohren und schlugen sich an dem Mauerwerk plat, der Haß fiel von den Wänden, das Stroh hing von den Dachbalken herab, das große Zor zur Linken war ganz von Rauch durchdrungen, und wir, nach wie hinter der Gasse geladen hatten, sprangen abwechselnd vor und wieder zurück, um in der Dauen zu kämpfen. Das dauerte nur gerade so lange, als man zum Anlegen und Abdrücken brauchte, und trotzdem waren schon fünf oder sechs von uns mit dem Gesicht nach unten an der Erde des Feindes zu Boden gestürzt. Unsere Mut war jedoch so groß, daß wir nicht darauf achteten,



